

Behindertenwerkstätten geraten in die Kritik

Beschäftigte der Einrichtungen werden kaum noch in regulären Arbeitsmarkt vermittelt / Lebenshilfe Hildesheim: „Wir brauchen Partner“

VON GABRIELE SCHULTE
UND RENATE KLINK

HANNOVER/HILDESHEIM. Der Auftrag ist klar: Werkstätten für Behinderte sollen Menschen nicht nur sinnvoll beschäftigen – sie sollen auch versuchen, sie in den allgemeinen Arbeitsmarkt einzugliedern. Das aber geschieht viel zu selten, wie die Landesbehindertenbeauftragte Petra Wontorra jetzt kritisiert. „Die Werkstätten werden dem Anspruch nicht gerecht“, sagte sie der HAZ. Im vergangenen Jahr sei die Zahl der Vermittelten auf nur noch 55 gesunken; 50 der 78 Werkstätten im Land hätten nicht einen einzigen Mitarbeiter abgegeben. Gleichzeitig sei die Zahl der Werkstattbeschäftigten auf mehr als 33 000 gestiegen.

Die Zahlen in Hildesheim bestätigen den Trend: In den vergangenen anderthalb Jahren sei kein Beschäftigter in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt worden, sagt Tobias Plitzko, Pressesprecher der Lebenshilfe Hildesheim. Eine Chance sieht der 46-jährige, stellvertretende

Werkstattleiter in Drispfenstedt hingegen in elf vermittelten Praktikumsplätzen. „Sie können eine Anbahnung für einen Arbeitsplatz sein.“ Die Lebenshilfe betreibt in Hildesheim drei Werkstätten: Römerring, Drispfenstedt, Flugplatz/Käthe-Paulus-Straße. Insgesamt sind dort 585 Menschen mit Behinderungen beschäftigt.

Die Behindertenbeauftragte Wontorra vermutet, die Betreiber würden ihre Leistungsträger gern selbst behalten und an ihnen verdienen – sie steht damit nicht allein. Auch der Landesbehindertenrat hat das Thema kürzlich diskutiert. 2014 hatten 68 Werkstattbeschäftigte einen Arbeitsplatz außerhalb bekommen, in den Vorjahren war die Quote ebenfalls minimal. Rund 80 Prozent der Beschäftigten in den Werkstätten haben eine geistige Beeinträchtigung. In den Einrichtungen arbeiten sie beispielsweise der Autoindustrie zu, Sortieren und Verpacken sind häufige Aufgaben. Menschen mit Behinderung erhalten dort ein Taschengeld und bleiben weitgehend unter sich.

Das war einmal anders gedacht: So hatte das in Niedersachsen 2008 eingeführte „persönliche Budget“ zum Ziel, den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das Konzept sieht vor, dass Behinderte das Geld, das der Landkreis oder ein anderer Kostenträger für den Werkstattplatz zahlt, zu einem anderen Arbeitgeber „mitnehmen“ können. Der Betrieb außerhalb der Werkstätten muss dann nur noch wenige hundert Euro zum Gehalt beisteuern.

Beim Büro GötZ in Göttingen, das als einziges in Niedersachsen Behinderte speziell zu diesem Thema berät, wird von einzelnen Erfolgen berichtet. „Wir haben einige, die eine Werkstattempfehlung hatten, mithilfe der Arbeitsagentur erst in Praktika und dann in feste Stellen vermittelt“, sagt Mitarbeiterin Sabine Meurer. So füllen zwei Männer mit Down-Syndrom jetzt in einem Lebensmittel- und einem Getränkemarkt die Regale. Eine junge Frau kümmert sich in einem Pflegeheim um die Wäsche, eine andere hilft in der Küche einer Jugendherberge. „Das

vermittelt ihnen ein neues Freiheitsgefühl“, meint Meurer. Außerhalb des Landkreises Göttingen sei die Vermittlung erheblich schwieriger.

Die Betreiber der Werkstätten fühlen sich zu Unrecht kritisiert. „Werkstätten können nur so erfolgreich arbeiten, wie der erste Arbeitsmarkt inklusiv arbeitet und aufnimmt. Wir brauchen Partner“, verdeutlicht Bolko Seidel, Vorstand Lebenshilfe Hildesheim. Er sieht in Werkstätten, Gesetzgeber, Kostenträger und Angehörigen nicht die „Verursacher der Nichtvermittlung“. Aufträge erteilten seit jeher auch nur wenige Firmen. Seidel übt scharfe Kritik an der Behindertenbeauftragten: „Es wäre aus der Sicht der Werkstätten sehr hilfreich, wenn sich Frau Wontorra mehr für die Arbeit der von ihr vertretenen Menschen interessieren würde.“ Der Lebenshilfe in Hildesheim habe sie allein dreimal einen Besuch abgesagt.

Burghardt Zirpins von der Arbeitsgemeinschaft der Werkstätten meint, die Betriebe für Behinderte erfüllten ihren gesetzlichen Auftrag. Der Professor führt

die geringe Zahl der Vermittelten auf die veränderte Klientel zurück: „Die Zahl der Menschen, die nicht, noch nicht und noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können, hat in den letzten Jahren stets zugenommen.“

Dabei halten selbst manche Betreiber das Werkstättenkonzept für „historisch überholt“. So sagt der Geschäftsführer einer Werkstatt in der Lüneburger Heide: „Es ist ein Anachronismus, den Einrichtungen mit diesem staatlich akzeptierten Konzept der Separierung ständig neue Werkstattbeschäftigte zu vermitteln“, meint er. So sieht es auch Beraterin Meurer in Göttingen. Zwar machten viele Werkstätten gute Arbeit, sagt sie: „Aber welcher Arbeitgeber möchte einen guten Angestellten verlieren?“ Auch die Kostenträger hielten sich bei der Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu sehr zurück. Bis zur Entscheidung über einen Antrag könne mehr als ein Jahr vergehen. „Viele Landkreise scheuen die Bürokratie“, sagt Meurer. „Es ist für sie einfacher, einen Werkstattplatz abzurechnen.“